



◀ 3 Konjunkturprogramm II im Stadtrat

◀ 6 DIE LINKE bereitet Europawahlkampf vor

◀ 7 Nachlese zum Frauentag 2009

◀ www.dielinke-duisburg.de



◀ 4/5 **Rufmord**

Kontroverse um Israel-Boycott: OB-Kandidat Hermann Dierkes tritt zurück. Solidaritätswelle hält weiter an.

Ein warmer Regenschauer beendet keine Dürre

Konjunkturlösungen für Kommunen liegen weit unter realem Bedarf



Strukturelle Probleme ungelöst

Verschuldung und Unterfinanzierung bleiben, Entschuldung steht in den Sternen

■ **Das Konjunkturprogramm II** des Bundes in Höhe von zweimal 25 Mrd. Euro in zwei Jahren kommt zu spät, ist für notwendige Infrastrukturmaßnahmen viel zu wenig und berücksichtigt den sozialen Bedarf nicht. Die kommunale Ebene wird mit 10 Milliarden abgespeist, davon bleiben noch rd. 3 Milliarden bei den Ländern hängen. Für Duisburg sind das 67 Millionen Euro, die von Verwaltung, Bezirksvertretungen und Rat auf Bildungseinrichtungen, energetische Sanierung, Straßenreparatur und Sportanlagen aufgeteilt wurden.

Nur zum Vergleich: Der gesamte Investitionsstau auf der kommunalen Ebene wird vom Städtetag auf rd. 47 Milliarden Euro beziffert. Das Bankenrettungspaket beträgt insgesamt 480 Milliarden Euro. Einzelne Bankhäuser wie die Hypo Real Estate, die Commerzbank und marode Landesbanken ziehen zusammen ein Mehrfaches von dem, was den Kommunen zugestimmt wird. Ohne harte Auflagen, ohne ein konsequentes Verbot von hochspekulativen Finanzanlagen und unverschämte Vorstandsbonuszahlungen. Ohne eine echte Vergesellschaftung und Übernahme

des Steuers durch die öffentliche Hand. Industriekonzerne stehen inzwischen Schlange, um sich retten zu lassen.

Die strukturellen kommunalen Probleme werden auf diese Weise überhaupt nicht gelöst. Zahlreiche Städte wie Duisburg bleiben hochverschuldet. Der Eigenanteil bei den Fördermitteln wird bis 2012 nur gestundet. Die Unterfinanzierung für ihre gesetzlichen Aufgaben bleibt. Mit der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise werden aber die kommunalen Steuereinnahmen ebenfalls absehbar einbrechen. So kann und darf es nicht weiter gehen.

Ach Herr Sauerland!

■ Wollen Sie die Wähler für dumm verkaufen? Erst zwei getrennte Wahltermine und dann weiter tricksen. Sie erhoffen sich – wie ihre Kollegen von CDU und FDP – von getrennten Europa- und Kommunalwahlen mehr Stimmen für die CDU zu ergattern. Wie töricht!

Und dann soll nach Ihrem Willen erst auf der Ratssitzung nach den Kommunalwahlen das Tränenlisten-Sparpaket mit schlimmen Sozialkürzungen vorgelegt werden.

Nicht vergessen: Wahlzettel ist Denkmittel.

Kommentiert

Hermann Dierkes

Beschäftigung sichern – Strategie ändern!

■ Zweistellige Umsatzeinbrüche und Kostensenkungsprogramme gefährden nicht nur bei ThyssenKrupp die Arbeitsplätze. Entgegen geltender Tarifverträge wollte der TKS-Vorstand betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausschließen. Die massiven Proteste haben ihn zum Rückzug gezwungen. Rund 14.000 Beschäftigte müssen Kurzarbeit verfahren. Der erreichte Zuschuss zum Kurzarbeitergeld ist ein Erfolg. Entgelteinbußen haben alle, die nicht in Qualifizierung gehen. Zahlreiche Leiharbeiter haben die totale „Arschkarte“. DIE LINKE Duisburg steht an der Seite der kämpfenden Belegschaften und ihrer Gewerkschaften. Die Ausbildungskapazitäten dürfen nicht angetastet werden. Nicht nur TKS hatte bis 2008 fette Jahre und hohe Gewinne. Die Krise beweist erneut, dass eine Konzernstrategie, die vor allem auf eine expandierende Autoindustrie setzt, langfristig zum Scheitern verurteilt ist. Hinzu kommen hausgemachte Verluste durch Missmanagement beim Bau des neuen Hüttenwerks in Brasilien. Dessen Produktion von 5 Mio. t Stahlbrammen pro Jahr soll zur Hälfte im Ruhrgebiet, zur anderen Hälfte in der neuen Edelhütte in Alabama/USA weiterverarbeitet werden. Die Inbetriebnahme verzögert sich in beiden Fällen um ein Jahr. Betroffen sind auch die Investitionen in die Logistik-Kette. Dafür dürfen die Belegschaften nicht in Haftung genommen werden! Es wäre falsch, jetzt nur auf einen neuen Konjunkturanstieg zu warten. Nötig ist ein Strategiewechsel bei Produkten und Märkten. DIE LINKE schlägt einen öffentlichen Fonds für Industrieinnovation und Zukunftssicherung vor, in den z. B. auch die gefährdeten Opel-Werke einbezogen werden. In den Kontrollgremien müssen öffentliche Hand, Gewerkschaften und Umweltbewegung vertreten sein.

Erkan Kocalar

Professionelle Integrationspolitik nötig

■ Die Duisburger Verwaltung hat dem Rat nach den Integrationskonferenzen von 2005/06 das Integrationsprogramm 2009 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt – trotz Kritik im Detail, unzureichender Finanzausstattung und dem Mangel an professionellen Strukturen – grundsätzlich das Programm. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einlösung einer lange von unserer Fraktion aufgestellten Forderung. Die Integration der Zuwanderungsbevölkerung stellt eine der wichtigsten gesamt-, aber auch kommunalpolitischen Herausforderungen dar. Es geht um die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und demokratischer Teilhabe, ohne die ein gedeihliches Zusammenleben nicht möglich ist. Mit dem Integrationsprogramm 2009 haben wir erstmals einen gegliederten Überblick über die vorhandenen und geplanten Maßnahmen und Ziele. Wesentliche Bestandteile der auf Initiative der LINKEN 2007 vom Rat beschlossenen integrationspolitischen Leitlinien als Grundlage für ein konkretes Handlungskonzept finden sich leider nicht im vorliegenden Programm wieder. Wir halten die Förderung der interkulturellen Kompetenz des Lehr- und Ausbildungspersonals für unverzichtbar, kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen; den Ausbau der Mehrsprachigkeit als Basis zum besseren Erwerb der deutschen Sprache sowie die konsequente Berücksichtigung der Migranten in der Personalstruktur von Verwaltung und stadtnahen Betrieben. Integration kann nur mit professionellen Grundstrukturen erfolgreich sein. Ehrenamtliches Engagement reicht nicht.

Ute Abraham

Sozialgericht bestätigt DIE LINKE

■ Ende Februar legte das Sozialgericht Duisburg seinen Jahresbericht 2008 vor. 11.210 Verfahren zeigen deutlich, die Prozessflut seit Einführung der Hartz IV-Gesetze reißt nicht ab. Fast die Hälfte mit Bezug auf die Grundsicherung geht positiv für die KlägerInnen aus. Das wirft kein positives Licht auf die ARGE. Der Gesetzgeber hat zwar mit unbestimmten Rechtsbegriffen, wie „angemessene Unterkunftskosten“ der örtlichen Behörde einen Ermessensspielraum gelassen, der kann jedoch nicht unbegrenzt ausgelegt werden. Mit 3,94 Euro pro qm treibt die ARGE Betroffene in die Verzweiflung und als KlägerInnen vor das Sozialgericht. Durch verschiedene Urteile habe sich ein Betrag bei etwa 4,30 Euro herauskristallisiert, äußerte sich die Sprecherin des Sozialgerichts in Duisburg. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird diesen Hinweis dankend aufnehmen. „Wir haben wiederholt Anträge im Fachausschuß auf Erhöhung der Berechnungsgrundlage für Miete und Nebenkosten gestellt, aber keine politische Unterstützung anderer Parteien bekommen. Der Satz von 3,94 entspricht weder dem Mietspiegel (mittlere Kategorie) noch der tatsächlichen Angebotslage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.“, so Werner Roming, stv. Mitglied der Linksfraktion im Sozialausschuß und kündigt gleichzeitig einen neuen Vorstoß der Ratsfraktion DIE LINKE an.

Cross-Border-Leasing am Ende

LINKE hat dubiose Verträge immer abgelehnt

von Brigitte Diesterhöft
Ratsfrau der Linksfraktion



■ Am Dienstag, 10. März 2009, konnten wir in der Zeitung lesen, was in der nichtöffentlichen Sitzung des Rates am 09. März 2009 beschlossen worden war. Stadtkämmerer Dr. Langer (SPD) wollte den Rückzug aus dem Cross-Border-Leasing Geschäft von 2003 antreten. Damals wurden die Stadtbahnanlagen und das DVG-Schiennetz „verleast und zurück geleast“. Vertragspartner war der nur noch durch massive Staatsknete vor dem Totalbankrott gerettete US-Finanzriese AIG. Der Rat beschloss, dass Verhandlungen über das vorzeitige Ende aufgenommen werden sollten. Die Kosten für diesen Versuch wurden begrenzt.

Bereits 2004/05 waren derartige Verträge – zahlreiche weitere deutsche Städte waren dabei – von der US-Steuerbehörde als Scheingeschäfte unterbunden worden, weil sie nur den Zweck hatten, sich enorme Steuervorteile zu ergattern. Duisburg hatte als Teil der Beute von AIG fast 40 Mio. erhalten. Allein die Fraktion DIE LINKE hatte diese riskanten und zum Nachteil der amerikanischen Steuerzahler ausgeklügelten Machenschaf-

ten von Anfang an kritisiert und jede Zustimmung verweigert. Als DIE LINKE im Oktober 2008 thematisierte, dass die US-Steuerbehörde IRS die rd. 100 US-„Investoren“ aufgefordert hatte, die Verträge bis Jahresende aufzulösen oder andernfalls die Zwangsauflösung drohe, wollte die Ratsmehrheit die Angelegenheit weiter aussitzen. Kommunen wie Bochum und Troisdorf haben bereits hohe Verluste zu verzeichnen, weil die jeweiligen Bürgerschaftsbanken, die diese Geschäfte flankieren, durch die Finanzkrise ihre Bonität verloren hatten und man sich teurere neue suchen musste. Der Ausstieg läuft inzwischen europaweit. Mal schauen, was für Duisburg auf dem „Deckel“ stehen bleibt.

Das Cross-Border-Leasing Geschäft bezeichnete und bezeichne ich als Steuerbetrug. Nach der Ratssitzung versuchte ein Ratskollege, mich zurechtzuweisen und bezeichnete das Geschäft als legal. Firmen hatten diese Möglichkeit und haben sie genutzt. Und genau das ist der Punkt: Solange Scheingeschäfte legal sind und der einzige Zweck ist, Gesetzeslücken auszunutzen und Geld zu „erwirtschaften“, ohne zu fragen, ob es auch richtig, ehrlich oder anständig ist, wird es weiter ungerecht zugehen. Weitere Finanzkrisen eingeschlossen.

Märchenstunde der FDP

Öffentliche Betriebe nicht privatisieren, sondern stärken

von Horst-Werner Rook
Mitglied des Kreisvorstandes
der Partei DIE LINKE



■ Mit umfassenden Privatisierungen will die FDP den Duisburger Haushalt sanieren, „ohne die Bürger belasten und städtische Einrichtungen zu schließen“. Wer das Märchen von „Privat vor Staat“ nach der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen (Bahn, Post, Telekom, Wohnungsgesellschaften usw.), angesichts der Preistreiberei der Energiekonzerne und der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten immer noch verbreitet oder glaubt, ist schlicht unbelehrbar. DIE LINKE warnt entschieden davor, den wirtschaftsliberalen Ideen zu folgen. Mit der Privatisierung der Gebag, der Vollprivatisierung von Energieversorgung und Abfallentsorgung sowie der DVG würde sich die Stadt alle Instrumente aus der Hand schlagen, um soziale Daseinsvorsorge zu betreiben. Bei unseren großen Problemen wäre das vollkommen verantwortungslos. Die Belegschaften müssten mit weiteren Lohnsenkungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen und Personalab-

bau, die Masse der Bevölkerung mit gravierenden Leistungsver schlechterungen und Preissteigerungen bezahlen. Die städtischen Unternehmen müssen im Gegenteil wieder voll in öffentliche Hand, indem v. a. die bereits 2001 erfolgte Teilprivatisierung der Stadtwerke rückgängig gemacht wird. Der Einfluss auf ihre Geschäftsführung muss durch Kunden- und Mieterbeiräte erweitert werden. Die Finanzkrise der Stadt kann nur durch eine Neuaufteilung des Steueraufkommens zugunsten der kommunalen Ebene und durch eine Entschuldung durch Bund und Land gelöst werden. Im Rat fand sich für den FDP-Vorstoß bisher keine Mehrheit. Wir wollen hoffen, dass es so bleibt – auch nach den Kommunalwahlen. Schließlich haben SPD/Grüne bereits 2001 40 % der Stadtwerke an RWE und Thüga verkauft und CDU/Grüne 2007 49 % der städtischen Kliniken an den privaten Klinikkonzern Sana.

Wahltag ist Zahntag

Bei den Kommunalwahlen am 30.8.09 DIE LINKE wählen.

www.dielinke-duisburg.de

Bedarf längst nicht gedeckt

Konjunkturpaket II: Stadtrat verteilt knapp 67 Millionen für Duisburg

von Brigitte Diesterhöft

■ Auf insgesamt 143 Seiten stellte die Verwaltung ihre Vorschläge zur Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II vor. Allerdings gab es nicht die Informationen, wie der Umfang zu hoffen ließ. Vielmehr blieb die Verwaltung bei allgemeinen Aussagen wie Energetische Sanierung, Barrierefreiheit oder Sanierung des Umkleidegebäudes, um einige wenige Beispiele zu nennen. Mit dem Umbau von 11 Rasen- in Kunstrasenplätze fand DIE LINKE diesen Posten mit 6 Millionen Euro zu hoch angesetzt. Dafür kam die Sanierung von Radwegen erst gar nicht vor.

In der gemeinsamen Sitzung am 05. März stellte DIE LINKE eine Reihe von Fragen, die jedoch nicht beantwortet wurden. Selbstverständlich begrüßte die Fraktion DIE LINKE die Mittelzuweisung für Duisburg. Trotzdem gab es einige kritische Punkte, die angesprochen werden mussten.

Die Sanierung von Gebäuden ist in der Tat dringend notwendig. Auf der anderen Seite fehlt es an allen Ecken an Betreuungs- und Lehrpersonal. Dafür müssten rund 30 Milliarden Euro angesetzt werden. Der Einsatz der Mittel für den öffentlichen Nahverkehr war ausgeschlossen. Obwohl gerade hier das Geld mit großer Nachhaltigkeit hätte eingesetzt werden können.

Die Mittel können mit einem vereinfachten Verfahren ausgegeben werden. Hier muss auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Belange geachtet werden. In der Stellungnahme hat DIE



Zahlreiche Schulen sind auch in Duisburg sanierungsbedürftig

LINKE dafür plädiert, folgende Kriterien bei der Auftragsvergabe einzuhalten:

- Ausbildungsbetriebe bevorzugen
- Betriebe müssen tarifliche Bedingungen einhalten
- Keine Aufträge an Betriebe, die mit Schwarzarbeit und Korruption zu tun haben.
- Es sollen insbesondere kleine Betriebe bei den Öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden

Das Geld aus dem Konjunkturpaket II wurde auf die Bezirke aufgeteilt und

zwar bezogen auf die Einwohnerzahlen. DIE LINKE hätte die Aufteilung nach Dringlichkeit – auf der Grundlage einer Prioritätenliste – bevorzugt, denn die einzelnen Bezirke unterscheiden sich deutlich und nicht immer wird eine pro Kopf Aufteilung der unterschiedlichen Not gerecht.

Die Lärmsanierung durch die Erneuerung des Fahrbahnbelages bei Straßen mit Kopfsteinpflaster ist sicher sinnvoll. Allerdings wirkt der sogenannte „Flüsterasphalt“ erst ab einer Geschwindigkeit ab 80 km/pro Stunde.

Der Umbau von Rasen- in Kunstrasenplätze sollte nur durchgeführt werden, wenn eine entsprechende Dringlichkeit vorliegt. Diese Dringlichkeit wäre gegeben, wenn der Rasenplatz bis Ende des Jahres 2010 hätte saniert werden müssen. Ein entsprechender Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Es fehlten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs. Es gab zu wenig Geld für Jugendeinrichtungen, insbesondere für die von freien Trägern. Auch die Sanierung von Bolz- und Kinderspielflächen kam zu kurz.

Barrierefreier Zugang für Stadtteilbibliothek

DIE LINKE setzt Forderung in Homberg durch

von Roland Busche
für DIE LINKE in der
BV Homberg/Ruhrort/Baerl
und im Schulausschuss



■ Bereits in der 1. Verhandlungsrunde wurde der Antrag der LINKEN einstimmig angenommen, dass sich die Parteien auf eine gemeinsame Forderungsliste gegenüber der Verwaltung verständigen sollten. Für DIE LINKE standen die Renovierung von Schulen und Kindergärten sowie die Barrierefreiheit der Stadtteilbücherei im Mittelpunkt der Forderungen.

Es ist unerträglich, wenn Menschen nicht an die Bücher gelangen, weil sie ein körperliches Handicap haben. Die anderen Parteien konnten sich dieser Forderung zunächst nicht anschließen. Mit einem Auge auf den Wahl-

kampf geschaut bevorzugten sie einen Kunstrasenplatz für den Sportplatz an der Rheinpreußenstraße. Nachdem DIE LINKE einen eigenen Antrag (12.2.) auf Barrierefreiheit für die Bücherei nicht durchsetzen konnte, kündigte sie weitere Aktivitäten in der folgenden Verhandlungsrunde (26.2.) an. Es bedurfte heftigen Drucks und die Ankündigung, dass wir das Paket ablehnen würden, wenn weiter lediglich Partikularinteressen bedient würden.

Überraschend hatten sich in wenigen Wochen die anderen Parteien dann doch darauf verständigt, dass die Bücherei einen barrierefreien Zugang erhält. Es bedurfte des politischen Willens und der klaren Haltung, um das Ziel doch noch zu erreichen, freuen sich DIE LINKE und das „Homberger Signal“ über den politischen Erfolg.

Wahlkreisbüro erneut angegriffen

Wiederholt Scheiben auf der Mülheimer Str. eingeschlagen

■ In den frühen Morgenstunden des 14.3.09 wurde die Eingangstür des Duisburger Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten MdB Hüseyin Aydin (DIE LINKE) von Unbekannten mit massiver Gewalt zertrümmert. Nach Auskunft der Polizei benachrichtigte ein Zeuge die polizeiliche Notrufstelle.

Zu den Vorfällen sagt der Duisburger Abgeordnete: „Innerhalb weniger Wochen muss ich wieder feststellen, dass mein Wahlkreisbüro angegriffen wurde. Neben dem Sprühen von Nazisymbolen und Schmierereien werden nun mit äußerster Gewalt die Scheiben eingeschlagen. Es ist unerträglich, wie die Gewalt rassistischer Gruppen in den letzten Jahren zunimmt. Die Häufung von Straftaten gegen Mitglieder von gewerkschaftlichen und linken politischen Organisationen und Partei-

en muss endlich konsequent bekämpft werden. Dazu gehört auch das Verbot der NPD, die ihre rassistische Propaganda legal verbreitet.“

Nationale Aktivisten in Duisburg

Seit nun fast zwei Jahren gibt es im Süden Duisburgs, eine Gruppe mit dem Namen Nationale Aktivisten. Auffällig ist, dass die meisten Mitglieder zwischen 15 und 25 Jahre sind. Gegen Mitglieder dieser Gruppe wird staatsanwaltschaftlich ermittelt. Sie sollen dabei gewesen sein, als auf einem Rastplatz nahe Gera Antifaschisten schwer verletzt wurden, die auf dem Rückweg von einer Demo in Dresden waren.

Schluss mit dem Kesseltreiben gegen Hermann Dierkes

Solidarität mit den palästinensischen Opfern der israelischen Aggression

■ **Hermann Dierkes** – Vorsitzender der Ratsfraktion der LINKEN Duisburg – hatte auf einer Veranstaltung des Ortsverbands Hamborn der Partei DIE LINKE über Krieg und Unterdrückung in Palästina auf die Frage, was man denn praktisch dagegen tun könne, auf den Aufruf „Boykott, Desinvestition, Sanktionen“ der Versammlung der sozialen Bewegungen des Weltsozialforums in Belém (Brasilien) verwiesen. Durch eine Medienintrige wurde er zudem so verfälscht, als habe er in Nazimanager dazu aufgerufen, „Kauft nicht bei Juden“. Die SPD-nahe WAZ, gefolgt von vielen Akteuren aus Politik, Verbänden und blinde Rechtfertiger der israelischen Regierungspolitik entfachten daraufhin eine beispiellose Hetzkampagne. Hermann Dierkes sei politisch „nicht mehr tragbar“. Er wurde als „Antisemit“ und „Linksfaschist“ verunglimpft. Die Schmähflut gipfelte in Morddrohungen. Unter dem Druck dieser Kampagne trat Dierkes als Duisburger OB-Kandidat der Partei DIE LINKE zurück. Bei der von der WAZ angezettelten Kampagne gegen Dierkes handelt es sich um Stimmungsmache in einem Wahljahr, in dem der SPD bedeutende Stimmenverluste an die Partei DIE LINKE drohen. Inzwischen hat sich Dierkes, der von der Hetzjagd schwer betroffen war, wieder erholt: „*Ich fühle mich wie ein Boxer, der vollkommen unfair öffentlich von einer Meute verprügelt wurde und zu Boden gegangen ist. Aber ich stehe wieder auf und kämpfe weiter für Gerechtigkeit und Demokratie. Ich habe mir 40 Jahre meines politischen und gewerkschaftlichen Lebens den Mund nicht verbieten lassen und bin sicher, dass die Menschen mich verstehen.*“

Nach einer von ihm gewünschten Vertrauensabstimmung der Duisburger Parteibasis, die er haushoch gewann, bleibt Dierkes bis zum Ende der Wahlperiode Vorsitzender der Ratsfraktion der LINKEN. Er kandidiert bei den Kommunalwahlen am 30.08.09 auch weiterhin für den Rat. Seit dem Abziehen der Schmähflut erhält Dierkes einen ununterbrochenen Strom von Solidaritäts-Mails und Sympathiebekundungen. Etliche, die die WAZ-Intrige für bare Münze genommen und in den Chor der Verurteilung eingestimmt hatten, scheinen inzwischen zu begreifen, was tatsächlich passiert ist.

Die Kampagne „Boykott, Desinvestition, Sanktionen“, die 2005 von 170 palästinensischen Organisationen ins Leben gerufen worden ist, richtet sich absolut nicht gegen die jüdische Bevölkerung Israels oder jüdische Mitmenschen sonst wo auf der Welt, sondern eindeutig gegen die Kriegs- und Besatzungspolitik Israels. Das gleichzusetzen ist Kurzsichtigkeit oder schlimmsten-

falls Böswilligkeit, um ganz andere Zwecke zu verfolgen. Menschen- und Völkerrecht ist unteilbar! Weltweiter Aktionstag ist der 30. März; er wurde im Januar von der Versammlung der sozialen Bewegungen im Rahmen des Weltsozialforums in Belém als Teil einer weltweiten Aktionswoche gegen Krise und Krieg vom 28.3. bis 4.4.09 aufgegriffen.

Die UN haben Israel immer wieder wegen Bruch des Völkerrechts und schwerwiegender Verletzung der Menschenrechte verurteilt und vergeblich aufgefordert, seine Politik zu ändern. US-amerikanische, deutsche, israelische, südafrikanische und andere Konzerne, die am illegalen Siedlungsbau auf palästinensischem Gebiet beteiligt sind, am Krieg verdienen oder dem israelischen Staat Waffen und Rüstungsgüter für seine Unterdrückungspolitik liefern, sollen durch die Kampagne getroffen werden. Unabhängig davon, wie man in Deutschland zu dieser Boykottkampagne angesichts der Naziverbrechen steht – antisemitisch ist sie nicht.

Gerade die deutsche Linke ist verpflichtet, gegen jede Form von Menschen- und Völkerrechtsverletzung anzugehen. Dazu gehört praktische Hilfe für die Opfer im Gaza-Streifen. Dort werden dringend Lebensmittel und Medikamente gebraucht. Minen und Sprengfallen müssen unschädlich gemacht werden. Israel muss die Grenzen für die humanitären Initiativen öffnen und die wirtschaftliche Strangulierung der Palästinensergebiete beenden. Wir müssen außerdem die israelische Friedensbewegung unterstützen. Das unmenschliche israelische Besatzungsregime muss aufhören. Für die jüdische Bevölkerung Israels bedeutet es ein Leben mit ständig verdrängtem schlechtem Gewissen und in Angst vor den Verzweiflungstaten der nächsten Nachbarn.

Autopsie eines Rufmords

Der WAZ war die Sache großen Aufwands wert: Innerhalb von 4 Tagen veröffentlichte sie gleich 22 Artikel gegen Dierkes. Er wurde in veröffentlichter Meinung und v. a. in zahllosen Mails massiv gesteinigt, als Antisemit beschimpft, in die rechte Ecke gestellt und in die Nähe von Holocaust-Leugnern gerückt. Was ist wirklich passiert, wer zog mit an den Drähten bei dieser unerhörten Diffamierungskampagne?

Im Bericht über die Palästina-Veranstaltung der LINKEN in Hamborn am 18.02., mit der alles anfing, heißt es: „Hermann Dierkes, OB-Kandidat der LINKEN: ‚Wir müssen mutig die Wahrheit verbreiten. Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass im Namen des Holocaust und mit Unterstützung der

Bundesregierung derart schwere Menschenrechtsverbrechen begangen und geduldet werden. Jede und jeder kann z. B. durch den Boykott von israelischen Waren dazu beitragen, dass der Druck für eine andere Politik verstärkt wird. Während des furchtbaren Angriffs der israelischen Armee auf den Gaza-Streifen haben die norwegischen und griechischen Gewerkschaften mit ihrer Weigerung, israelische Schiffe zu laden, gezeigt, was möglich ist.“
www.die-linke-duisburg.de/ortsverbaende/hamborn/

Die WAZ

Am 23.02. wurde Dierkes von einem WAZ-Journalisten in der Sache angerufen. Dierkes stand zu seiner Meinung. Doch das Gespräch wurde in der WAZ vom 24.2.09 vollkommen verkürzt und im Kern verfälscht wiedergegeben.

In den Folgetagen versuchte die WAZ, die internationale Kampagne für Sanktionen gegen Israel herunter zu spielen:

„Bereits gestern sagten deutsche Teilnehmer und Mit-Organisatoren des Gipfels gegenüber der WAZ, dass es in der Erklärung (vom WSF – SP-Red.) keinen Aufruf zum Boykott israelischer Waren gegeben habe, es sei lediglich von einem Aktionstag die Rede. Außerdem sei die Erklärung keinesfalls bindend für alle Gipfel-Teilnehmer, wie Frauke Distelrath, Pressesprecherin des Mitorganisators Attac sagt: „Diese Erklärung enthält nichts Verpflichtendes.“ Attac Deutschland rufe jedenfalls nicht zu einem Boykott von Israel auf.“

Nach Rücksprache von Dierkes mit Frau Distelrath steht fest, dass die WAZ auch diesen Anruf verfälscht hat. Die Frage war überhaupt nicht, ob Attac sich an der BDS-Kampagne beteiligt – was nicht der Fall ist – sondern ob es einen Aufruf der Versammlung der sozialen Bewegungen beim WSF mit den entsprechenden Forderungen gibt. Dies wurde von der Attac-Pressestelle gegenüber der WAZ nicht in Abrede gestellt! Der Aufruf wurde von Attac selbst veröffentlicht.

Drahtzieher

Die Pressekampagne der WAZ, die über die Zentralredaktion Essen/Innenressort lief, wurde von Dr. Werner Jurga, Wahlhelfer des SPD-OB-Kandidaten Jürgen Brandt und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, initiiert.

Am 26.2.2009 schreibt Dr. Werner Jurga, Beisitzer im SPD-Ortsverein Bergheim/Rheinhausen, auf www.jurga.de/html/dierkes_rucktritt.html: „Rufmordkampagne ... Sie gleicht einer öffentlichen Steinigung
Mit Rufmord dürfte er (Dierkes, SP-Red.)

wohl seine Darstellung als Antisemiten meinen – ja, da war ich möglicherweise der erste. Und eine Kampagne – ja, die hat es unzweifelhaft gegeben. Und daran war mir auch sehr gelegen, worüber sich auch Hermann Dierkes im Klaren ist ... Und Andreas Scholz, ein Blogger bei den Ruhrbaronen, weiß auch ziemlich genau, warum ich so böse Sachen mache. Meine Erklärung gegenüber den Ruhrbaronen erklärt er augenzwinkernd so: Na also. So geht das. Wenn man weiß, dass es keine Stichwahl bei der OB-Wahl gibt, ist ein aussichtsreicher linker Kandidat neben einem Brandt-Beschleuniger ziemlich störend. Und was gibt es wirksameres als die Antisemitismuskeule in D. Das gibt doch bestimmt ´ne Belohnung für Dr. Jurga ;-“

■ Aus der Erklärung der KreisverbandssprecherInnen der LINKEN Duisburg, Martina Ammann und Kenan Ilhan: „Der Vorwurf des Antisemitismus gegen ihn ist verwerflich und mehr als absurd. Nach Auffassung der LINKEN Duisburg hat Hermann Dierkes berechtigte Kritik an der Kriegspolitik im Nahen Osten geübt. DIE LINKE stimmt mit der Kritik von Amnesty International überein, die sowohl Hamas als auch der israelischen Regierung schwere Menschenrechtsverletzungen vorwirft und zu einem Waffenboykott aufruft, damit das Töten auf beiden Seiten endlich ein Ende hat.“

In einer pluralistischen linken Partei gibt es selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ein Wirtschafts-Boykott gegen Israel als Protestmaßnahme zielführend ist. Die Bundespartei DIE LINKE hat einen solchen Beschluss nicht gefasst, während sich Hermann Dierkes – analog der Schlusserklärung des Weltsozialforums in Brasilien – für diese Protestform ausgesprochen hat. Ihn deshalb in die Nähe des verbrecherischen NS-Regimes zu stellen, ist infam und Teil einer bewußten Kampagne nicht nur gegen ihn, sondern generell gegen DIE LINKE. Leider geht es dabei nicht mehr um eine inhaltliche Debatte, wie und mit welchen Mitteln Krieg beendet werden kann, sondern um unerträgliche persönliche Angriffe gegen den OB Kandidaten der LINKEN bis hin zu Morddrohungen. DIE LINKE ruft Parteien, Verbände und Medien zu einer sachlichen und fairen Debatte auf. Für DIE LINKE gilt dabei die Aussage von Rosa Luxemburg: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“

Solidarität aus dem In- und Ausland

Israel-Boycott-Kontroverse um Duisburger Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Hermann Dierkes

■ Im Folgenden nur eine kleine Auswahl von Mails und Zuschriften aus dem In- und Ausland, die Hermann Dierkes bis zum 12.03.09 zugegangen sind. Auszugsweise wiedergegeben werden vor allem Zuschriften von außerhalb der Partei DIE LINKE. Aus der Partei selbst kamen auch jede Menge solidarische Stellungnahmen.

M.B., Duisburg

„Die Hetzkampagne (...) ist so schrecklich: Zum einen Ihnen gegenüber, aber dann auch der Menschen in Palästina und auch in Israel wegen. Mir ist unverständlich, wie so viele Menschen hier die Augen verschließen können gegenüber israelischer Politik mit ihren Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen. Aber immer wieder wird betont, dass es „die einzige Demokratie“ in Nahost ist.“

W.M., Duisburg

„Meine solidarische Unterstützung unserer Familie für Dich. Da sieht man mal wieder, was passiert, wenn man in den Sumpf unserer ach so freien Presse gerät und noch schlimmer in den Sumpf von Interessen, wo jeder sein Süppchen kocht.“

B.K., Frauennetzwerk Nahost

„Sie wurden in den letzten Tagen persönlich auf übelste Weise angegriffen, weil Sie etwas gewagt haben zu sagen was längst in anderen europäischen Staaten gefordert wird. Meine Hochachtung für Ihren Mut, lassen Sie sich nicht beirren denn: Unrecht bleibt Unrecht, egal wer es begeht. Israel verstößt seit Jahrzehnten gegen das humanitäre Völkerrecht und das ohne irgendwelche Konsequenzen. Letztlich schadet sich der Staat Israel durch sein Agieren selber sehr viel mehr und ich befürchte das fördert den Antisemitismus ganz besonders. Ich bin besorgt um Israel, es zerstört sich selber.“

J.B., Cork/Ireland

“I write to congratulate you on your courage in speaking out on Israel. All the ordinary citizens of the European Union have a duty to do what our governments appear too cowardly to do – exercise real pressure on Israel to conform to International Law. A boycott is the only means open to us.”

H.E., Berlin

„Ich teile Ihre Position, auch wenn ich generell Boykottaufrufen eher kritisch gegenüberstehe, weil sie oftmals auch die Falschen treffen. Aber im Falle Israels scheint es ja von unserer Seite praktisch kein anderes Mittel mehr zu geben, um dessen Regierung und die mehrheitlich dahinter stehende Bevöl-



flickr/Amir Farshad Ebrahimi

Kriegsverbrechen in Gaza City (2812.08)

kerung von ihrem verbrecherischen Kurs des immer weitergehenden Landraubs, der Terrorisierung der palästinensischen Zivilbevölkerung und der gezielten Ermordung politischer Aktivistinnen abzubringen. Mir selbst hat der jüngste Angriff auf Gaza diesbezüglich erst wirklich die Augen geöffnet - auch ich war bisher zumindest teilweise Opfer der hierzulande herrschenden Medienzensur, von Denk- und Diskussionsverboten und gezielt geschürten Vorurteilen. Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie dazu beigetragen haben, dieser Form von Gehirnwäsche in aller Öffentlichkeit entgegenzuwirken.“

D.J., Paris

Die deutsche Linke darf sich nicht einschüchtern lassen wegen einer Vergangenheit, für die sie nicht verantwortlich ist, sonst versagt sie in ihrer Verantwortung für die Gegenwart. Lassen wir es nicht zu, dass die Wahrheit über Israel und Palästina in die Hände der Rechten fällt.“

A.N., Niederlande

“I want to express my appreciation and respect for the fact that you called for action against Israel's violations of human rights. I know this is sensitive issue in Germany. (I was born in the Netherlands. 80 % of the Jewish Dutch were killed during the Holocaust. So there is also a lot of guilt in the Netherlands).”

L.W.S., Red Cliff, Colorado/USA

Ich bin traurig, dass Sie gezwungen wurden zurückzutreten auf Grund der Verleumdungen und Drohungen und von denen, die Sie gegen die Verleumdung nicht verteidigen konnten. Ich bin einer der vielen Leute weltweit, die wissen, dass Sie kein Antisemit sind. Wir verstehen, dass die Forderung nach Gerechtigkeit Juden nicht verletzt. Ich möchte Ihnen und Ihrer Frau meine uneingeschränkte Sympathie und Unterstützung übermitteln.

M.A., Bonn

„Ich bitte Dich von ganzem Herzen, bleib Fraktionschef. Ich kann Deine Empfindungen gut verstehen, die Dich zum Rücktritt als OB-Kandidat gezwungen haben, war ich doch als Juso-Chef in Dormagen mal selbst Opfer einer Pressekampagne“

P.H., Göppingen

Durch Zufall las ich heute (...) von Deinen politischen Auseinandersetzungen und von deinem Rückzug. Ohne die näheren Einzelheiten zu kennen, halte ich einen Boykottaufruf von Waren aus Israel in Deutschland für problematisch. Da ich Dich aber genügend kenne, weiß ich, dass Du ein überzeugter Antifaschist und schon gar nicht ein Antisemit bist. Außerdem kenne ich Deine zutiefst humane und humanistische Einstellung. Ich ahne nur, dass das nun alles böswillig verdreht wird (...).“

I.H., Duisburg

„Im Nahostkonflikt hat die gesamte Staatengemeinschaft versagt. Wird nun zur eigenen Beruhigung die Kampagne gegen eine Person entfacht? Herr Dierkes ist mir bei Stolpersteinverlegungen, bei Demonstrationen gegen Nazis in Duisburg auf der Straße begegnet, zum letzten Mal sah ich ihn im Januar dieses Jahres bei der Ausstellungseröffnung über Zwangsarbeit in Duisburg (...) Ihn als Antisemiten zu bezeichnen, weil er die Politik einer israelischen Regierung kritisiert, ist absurd.“

L.L., Irland

„Irrsinn - da bringen die 1.300 Menschen um, machen alles platt - und man darf sie nicht boykottieren! Dazu wird hier ganz offen aufgerufen - z. B. akademischer Boykott - und 40 Parlamentarier hatten den Rauschmiss des israelischen Botschafters gefordert. Aber wie ich das so mitkriege, ist die Bevölkerung wahrscheinlich eher auf deiner Seite - die sind doch nicht blöd.“

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost

Nach Lage der Dinge handelt es sich hier um einen Vorgang, der keineswegs nur als Duisburger Provinz-, sondern als bundesweiter Demokratieskandal bedauert werden muss. Dabei wird Dierkes Position von breiten Teilen der internationalen sozialen Bewegungen - darunter auch unzählige christ- und sogar evangelisch-kirchliche und selbstverständlich viele jüdische Organisationen - getragen. Die internationale Bewegung „Boycott, Desinvestment/Investitionsstopp und Sanktionen (BDS)“ gegen die Politik Israels in den besetzten Gebieten von Palästina und in Gaza ist in den meisten Ländern bereits weit bekannt. Ihre Unterstützung nimmt weltweit zu. (...)

R., Oslo

„Der Landesvorstand der Partei Sosialistisk Venstre (SV, Sozialistische Linke), die einen Teil der norwegischen Regierung ausmacht, hat am 18.01.09 die Bevölkerung zu einem Boykott israelischer Waren aufgefordert. (...) Als Regierungspartei fordert sie jedoch eine Untersuchung, inwieweit Israels Kriegsführung als Kriegsverbrechen anzusehen ist und setzt sich für ein Waffenembargo ein, einschließlich aller militärischen Komponenten, die zur Waffenproduktion benötigt werden. SV fordert außerdem, dass alle Investitionen des norwegischen Ölfonds in israelische Unternehmen zurückgezogen werden und dass der norwegische Staat seine israelischen Staatsobligationen verkauft. Als selbstständige Partei will sich die SV in den Gemeinde- und Bezirksparlamenten dafür einsetzen, dass keine öffentlichen Gelder an Lieferanten gehen, die Israels Besetzung im Gazastreifen unterstützen oder davon profitieren. SV verurteilt Israels Vorgehen als ein Verstoß gegen das Völkerrecht. „Viele Jahre hindurch hat Israel den Palästinensern das Recht auf ein würdiges Leben genommen. Durch ein System der Apartheid, wie man kaum ein schlimmeres in der Welt gesehen hat, werden Palästinenser gedemütigt, schikaniert und bedroht,“ heißt es in der Erklärung des Landesvorstandes.“

S.U., Alfter

„Ich bin kein Unterstützer der Linkspartei, aber der Menschenrechte und des Völkerrechts. Aus diesem Grunde unterstütze ich auch einen Boykott israelischer Agrarprodukte, weil diese häufig auf geraubtem palästinensischem Land und mit geraubtem palästinensischem Wasser erzeugt werden. Außerdem ist ein genereller wirtschaftlicher Druck auf Israel erforderlich, damit es entsprechend den UN-Resolutionen den Palästinensern wenigstens 22 % des ursprünglichen Gesamtpalästinas belässt.“

Europawahlprogramm in Essen beschlossen

Für ein Europa des Friedens der Demokratie und der internationalen Solidarität

von Thomas Keuer
Mitglied des Kreisvorstandes
der Partei DIE LINKE



■ **Die Europawahlen** finden mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren statt. Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand in Europa sind in Gefahr, Millionen Bürgerinnen und Bürger leben in großer Sorge um die Zukunft. Die Politik des freien Wettbewerbs, der unkontrollierten Finanzströme, der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist gescheitert. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen sind zwei Seiten neoliberaler Politik. Der Vertrag von Lissabon sollte diese fatale Politik fortsetzen.

Der Vertrag von Lissabon

Der Vertrag tritt nur in Kraft, wenn ihn alle 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert haben. Diese Ratifikation sollte bis Ende des Jahres 2008 erfolgt sein. Nach dem ablehnenden Referendum vom 12. Juni 2008 in Irland, das als einziger Mitgliedsstaat eine Volksabstimmung über den Vertrag durchgeführt hat, konnte der Vertrag nicht in Kraft treten.

Im Vertrag von Lissabon ist die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung enthalten. Im Wahlprogramm wurde erneut deutlich: DIE LINKE als Friedenspartei wird keinem Vertrag zustimmen, der zur Aufrüstung verpflichtet. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich eindeutig auf die Sicherung des Friedens, ziviler Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet. Eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert. Eine Verfassung, die Umwelt und Kultur schützt. Deshalb fordert DIE LINKE eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mit gestaltet

wird und über die zeitgleich in jedem EU-Mitgliedsstaat in einem Referendum abgestimmt werden muss.

Für eine soziale und ökologische Europäische Union

DIE LINKE will ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne. Sie kämpft für ein Europa ohne Armut und Ausgrenzung, ein Europa, das frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist und in dem soziale und demokratische Menschenrechte verwirklicht werden. Wir stehen für eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt bewahrt. Die Kluft



Jürgen Klute
Spitzenkandidat der LINKEN für das EU-Parlament aus NRW auf Platz 6

Geb. 1953, Herne, ev. Pfarrer, Parteivorstandsmitglied: Das neoliberale, auf Privatisierung ausgelegte EU-Konzept für öffentliche Daseinsvorsorge gehört gestoppt. Die öffentliche Daseinsvorsorge in der EU muss gestärkt und ausgebaut sowie aus der EU-Binnenmarkt- und -Wettbewerbsordnung herausgenommen werden.

zwischen Arm und Reich muss überwunden werden. Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein.

Soziale und politische Rechte verteidigen

In der EU hat die Freiheit von Unternehmen und Kapital Vorfahrt vor den sozialen und politischen Grundrechten.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) muss sich in seiner Rechtsprechung auf die vertraglichen Grundlagen – die primärrechtlichen EG- bzw. Europäischen Verträge in der Fassung von Nizza – stützen. Er ahndet dabei auch Gesetzeslücken, beispielsweise nicht in nationales Recht umgesetzte EU-Richtlinien. Jüngst von ihm getroffene Urteile bestätigen unsere Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik und der derzeitigen neoliberalen Grundausrichtung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union sowie der unzureichenden sozialen und beschäftigungspolitischen Dimension des EU-Integrationsprozesses.

Der EuGH schränkte z. B. das Streikrecht (Urteile „Viking“ und „Laval“) ein, erklärte die Anforderungen der Tarif-treue bei öffentlichen Aufträgen für rechtswidrig („Rüffert“-Urteil), setzte elementares Arbeitsrecht in Luxemburg außer Kraft und schwächte die Unternehmensmitbestimmung bei Volkswagen. Alle diese Urteile beschränken die Rechte der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Zahlung der Mindestlöhne bzw. allgemeinverbindlicher

Tarifföhne, die am Arbeitsort gelten, sowie die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen. Damit werden Mindestlöhne zu einer Lohnobergrenze und diskriminieren entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bildung für ein anderes Europa

Ein demokratisches Europa braucht gute und demokratische Bildungssysteme. DIE LINKE tritt für ein Umsteuern in der europäischen Bildungspolitik ein. Die schrittweise Privatisierung von Bildungseinrichtungen und das Herausbilden einer kleinen europäischen Bildungselite müssen gestoppt werden. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie muss allen Menschen offen stehen – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft.

DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnership in Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU erhöht den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungsdienstleistungen und wird von

der LINKEN abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

Für friedliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit und Dialog mit unseren Nachbarn

Abrüstung und Rüstungskonversion müssen auf die Agenda europäischer Politik. Anstelle der Aufrüstungsverpflichtung im Vertrag von Lissabon fordern wir, die sogenannte Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen.

Wir wenden uns gegen die US-Raketensstationierungen in Europa und eine weitere Ausdehnung der NATO. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind zu beenden. DIE LINKE fordert zudem, EU-Auslandseinsätze einzustellen, wie die Entsendung von Militärberatern zur Unterstützung autoritärer Regimes.

LINKS wirkt

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament können Bürgerinnen und Bürger der marktradikalen Ausrichtung der Europäischen Union eine klare Absage erteilen und zugleich einer friedensstiftenden Rolle der EU in der Welt ihre Stimme geben. Es ist ein Votum für die großen Chancen der europäischen Integration. Damit würde es möglich, den überfälligen Kurswechsel einzuleiten – hin zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Europäischen Union, die als zivile und solidarische Kraft ihren Beitrag zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen leistet.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein friedliches, demokratisches, soziales, solidarisches und ökologisches Europa.

Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland macht die Kritik an der heutigen EU, den Protest gegen die herrschende Politik hörbarer.

Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland stärkt die gesellschaftspolitischen Alternativen, die über den Kapitalismus hinaus zu einem demokratischen Sozialismus weisen, und unterstützt die europäischen Kämpfe gegen die herrschende Politik.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für eine starke „Gemeinsame Fraktion der Linken“ im Europaparlament.

Zur vollendeten Politgrotteske wurde der Streit um den **Termin für die Kommunalwahlen NRW**. Die schwarz-gelbe Landesregierung war zu Recht vom Landesverfassungsgericht ausgebremst worden. Die Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit den Europawahlen am 7. Juni wurde für verfassungswidrig erklärt. Der Zeitpunkt, so das Gericht, liege viel zu früh, weil die Wahlperiode erst im Oktober endet. Anstatt die Kommunalwahlen mit den Bundestagswahlen am 27. September zusammenzulegen – dafür sprechen u. a. organisatorische und finanzielle Gründe – wurden sie jetzt auf den 30. August gelegt. Die Landesregierung, insbesondere Innenminister Wolf (FDP), haben sich in ihrer Argumentation in heilloser Widersprüche verstrickt. Erst wollte man die Zusammenlegung am 7. Juni, nun will man mit dem 30. August die Eigenständigkeit der Kommunalwahlen hervorheben. Im Rat der Stadt waren CDU und Grüne nicht bereit, einem von SPD und LINKEN unterstützten Antrag zu folgen, der die Landesregierung aufforderte, Kommunal- und Bundestagswahlen zusammenzulegen. Auf Landesebene setzten sich die Grünen dafür ein, in Duisburg stimmen sie dagegen.

Kapital schuldig gesprochen

Tribunal gegen prekäre Beschäftigung zum internationalen Frauentag

■ **Hans Decruppe und Stefan Bell** hatten es im Dortmunder Reinoldinum nicht leicht als Verteidiger von Kapital und Kabinett – auch wenn ihr Auftritt nur gespielt war. Unter den Buhrufen und Pfiffen des rund 120-köpfigen Publikums unterstellten sie den drei Richterinnen der von der LINKEN inszenierten Gerichtsverhandlung als erstes Befangenheit, Parteilichkeit und „kommunistische Phrasen“.

Zuvor mussten die Verteidiger die scharfen Attacken der Anklägerin Sybille Stamm über sich ergehen lassen. Stamm, ehemalige Landesvorsitzende von ver.di Baden-Württemberg, klagte an im Namen von Millionen von Frauen, die von Leiharbeit, Niedriglöhnen, Hartz-IV und befristeter Beschäftigung betroffen sind. Ziel ihrer Klage waren Angela Merkel und ihr Kabinett, Rot-Grün und die Kohl-Regierung. Aber auch Unternehmer wie Josef Ackermann und Dieter Schwarz (LIDL) fanden sich auf der Anklagebank wieder. „Vor diesem Tribunal klagen wir alle Politiker und Unternehmer an, die seit Jahrzehnten mit dem Lied des ‚freien Marktes‘ Arbeitnehmerrechte, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit vernichtet haben“, so Stamm. „Wir klagen an, weil Frauen in Deutschland immer noch 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Damit ist Deutschland trauriger Spitzenreiter in Europa. Das darf so nicht weitergehen! Wer macht eigentlich die ganze Arbeit?“

Sachverständige untermauerten mit ihren Gutachten die Vorwürfe



der Anklage. Gewerkschafterinnen, Arbeitspsychologen und SozialwissenschaftlerInnen berichteten von der systematischen Entrechtung von Leiharbeiterinnen, der Perspektivlosigkeit junger Migrantinnen und den gesundheitlichen Folgen von Hartz IV: „Die Lebenserwartung bei Erwerbslosen verringert sich im Schnitt um 7 Jahre, Depressionen kommen häufiger vor,“ bestätigt der Arbeitspsychologe Gerhard Walsken. „Hartz IV ist ein wahres Angstinstrument gegen die Beschäftigten.“

Die Zeuginnen waren echt und ihre Aussagen erschütternd. Eine junge

Hartz-IV-Betroffene aus Brandenburg, alleinerziehende Mutter dreier Kinder, berichtete, dass sie ihre Wohnung verloren hat. Sie betonte aber auch: Hartz IV geht nicht nur gegen Erwerbslose. Es soll vor allem die, die noch Arbeit haben einschüchtern, damit sie sich nicht gegen Billiglöhne wehren.

Viel Applaus bekam Benedikt Hopmann, der Anwalt der wegen der angeblichen Unterschlagung von Pfandbons im Wert von 1,30 Euro fristlos gekündigten „Kaisers“-Kassiererin „Emmely“. Er nannte das Urteil gegen „Emmely“, „inakzeptabel“ und sprach von einer „Entwertung eines 30-jährigen Arbeits-

lebens auf der Basis eines Verdachtes“.

Am Ende der Beweisaufnahme forderte Richterin Ulrike Zerhau das Publikum zur Urteilsfindung auf. Dieses sprach die Angeklagten einstimmig schuldig. Das fiktive Strafmaß traf den Nerv des Publikums: Niederlegung aller Posten und Ämter, Vermögenspfändung, für mehrere Jahre einen Job im Niedriglohnbereich annehmen und ein Leben unter Hartz-IV-Bedingungen führen. Zerhau rief in ihrer Schlussrede dazu auf, sich an den Anti-Krisen-Protesten am 28.3. in Frankfurt und Berlin zu beteiligen.

Kommunalprogramm



Das Kommunalprogramm 2009 ist die verbindliche Grundlage für die politische Arbeit der MandatsträgerInnen und des Kreisverbands der LINKEN Duisburg.

112 Seiten, DIN A5

Kostenlos zu beziehen

in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92,
Telefax 02 03 / 9 30 86 94,
buero@linksfraktion-duisburg.de

NEIN ZUM KRIEG. NEIN ZUR NATO

Friedenslokomotive NRW

Der Sonderzug zur Demo in Straßburg (F) am 4.4.2009



www.friedenslok.org

Fahrkarten zum Preis von 30 € (Sozialtarif auf Anfrage) erhältlich bei Werner Wirtgen, Tel: 0 15 77 / 3 73 41 84 oder im Wahlkreis-Büro, Mülheimer Straße 57, Tel. 0203 / 8 05 56-77, Fax 02 03 / 8 05 56-74, Mo-Fr 10-14 Uhr, Di auch 17-19 Uhr

Impressum

Redaktion Standpunkt
Mülheimer Str. 57, 47058 Duisburg
Telefon: 02 03 / 8 05 63 87
Telefax: 02 03 / 8 05 63 86

E-Mail
redaktion_standpunkt_kv_duisburg@linke-news-nrw.de

Internet
www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung
Stadtparkasse Duisburg,
BLZ: 350 500 00,
Kto. Nr.: 227 006 368

Redaktion
Ute Abraham, Jürgen Aust, Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.), Margret Fink, Thomas Keuer, Werner Roming, Horst-Werner Rook.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage
20.000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
17.03.09

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
13.04.09

Layout
heikobugaj.de

Druck
Druckhaus Schöneeweide, Berlin

Herausgeber
DIE LINKE Kreisverband Duisburg

Bezug

Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.

Kommunales Wahlrecht für alle MigrantInnen!

Ein Schritt gegen Diskriminierung

von Erkan Kocalar
Ratsmitglied der LINKEN und
migrationspolitischer Sprecher



■ In Duisburg leben 163.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Fast 76.000 Menschen haben einen ausländischen Pass, darunter sind 13.000 EU-Bürgerinnen und 63.000 mit einer Nicht-EU-Staatsangehörigkeit. Duisburg ist ihr Lebensmittelpunkt. Obwohl sie Teil unserer Gesellschaft sind, sind die meisten von ihnen von der aktiven und passiven Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen. Der Grund liegt im Wahlrecht, welches nach dem Grundgesetz nur Deutschen zusteht. Von diesem „Wahlrecht nur für Deutsche“ gibt es aber seit 1993 Ausnahmen: Menschen mit ausländischem Pass aus EU-Mitgliedsstaaten haben in Deutschland aufgrund von EU-Bestimmungen ganz legal das kommunale Wahlrecht. Was für EU-BürgerInnen übrigens europaweit gilt. MigrantInnen ohne deutschen Pass aus Nicht-EU-Ländern sind aber davon ausgenommen. In Duisburg leben über 45.000 Menschen, die ihrem Lebensalter nach wahlberechtigt sein könnten, aber davon ausgenommen sind. Diese Ungleichbehandlung führt u. a. zu der absurden Situation, dass Menschen, die hier seit 30 oder 40 Jahren leben oder arbeiten, von der demokratischen Teilhabe an Kommunalwahlen ausgeschlossen sind, während Neuzuwanderer, beispielsweise sog. Russlanddeutsche, mit ihrer Einbürgerung das volle Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten. Es führt dazu, dass z. B. ein



Zuwanderer aus der Türkei, der seit Langem hier lebt und arbeitet, Betriebsrat oder sogar Aufsichtsrat in einem Großunternehmen ist, noch nicht einmal auf der kommunalen Ebene wählen darf. DIE LINKE will das ändern. Wahlrecht ist ein wichtiger Schritt zur Integration für alle Zuwanderer. In Duisburg haben wir im November 2007 einen Antrag im Rat gestellt. Inhalt: Der Rat fordert die Duisburger Bundestagsabgeordneten auf, sich für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts auch für MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern einzusetzen. Der Antrag wurde angenommen und auch vom Beirat für Zuwanderung und Integration unterstützt. Er steht in einer Reihe von Ratsbeschlüssen weiterer Städte, die eine Änderung des Grundgesetzes für eine Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle MigrantInnen wollen. Aufgefordert wurden auch verschiedene Landesregierungen,

sich dafür einzusetzen.

Wir fordern gleiche soziale und politische Rechte für alle. Für DIE LINKE ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Möglichkeit demokratischer Teilhabe. Gerade die Integration dieses Teils der Bevölkerung wird in Deutschland und in Duisburg in den letzten Jahren heftig diskutiert. Die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts für Zugewanderte könnte einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten: Wer mehr verbindliche Rechte einräumt, stärkt damit das politische Interesse und Zugehörigkeitsgefühl zugewander-

ter Menschen. In vielen europäischen Ländern, darunter Frankreich, den Niederlanden und in Skandinavien gibt es schon das Kommunalwahlrecht für Zugewanderte. Darüber hinaus wollen wir selbstverständlich die Einbürgerung der Zugewanderten zu fairen Bedingungen fördern. Das Kommunalwahlrecht könnte die Einbürgerung fördern. Unser Ziel ist es, die Gleichberechtigung und Beteiligung an der politischen Willensbildung aller dauerhaft in Duisburg lebenden Menschen zu erreichen - unabhängig von ihrer Nationalität oder sozialen Herkunft.

Duisburg Sosyal Raporu 2007



Duisburg
Sosyal Raporu 2007

Özet ve eleştirisel
değerlendirme



Özet ve eleştirisel değerlendirme.
Auch auf deutsch erhältlich.

Kostenlos zu beziehen
in der Geschäftsstelle der
Ratsfraktion DIE LINKE,
Gravelottestr. 28,
47053 Duisburg
Telefon 02 03 / 9 30 86 92,
Telefax 02 03 / 9 30 86 94,
buero@linksfraktion-duisburg.de

Termine

28.03.09

Demonstrationen in Frankfurt/Main und Berlin: "Wir zahlen nicht für Eure Krise – Für eine solidarische Gesellschaft"

Karten sind in den Geschäftsstellen, Mülheimer Str. 57 / Gravelottestr. 28 für 15 Euro (Hin- und Rückfahrt) erhältlich. Abfahrt Hbf. DU 08.15 h – Rückfahrt Ffm. 17.00 h.

04.04.09, 13.00 Uhr

Demonstration „Nein zum Krieg – Nein zur Nato“ in Straßbourg.

Fahrt mit der Friedenslok ab Duisburg (Siehe Seite 7)

11.04.09, 10.30 Uhr

Auftakt Ostermarsch Ruhr, Friedensmarkt, Kuhtor.

Redner: Eberhard Przyrembel (pax christi) zum Thema „Was verteidigt die Nato?“, Musik: Hartmut Kremer,

im Anschluß Demonstration, Abschlußkundgebung, 13.00 Uhr, Averdunkplatz

15.04.09, 18.30 Uhr

Mitgliederversammlung der LINKEN. Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32

22.04.09, 19.00 Uhr

Veranstaltung des RLC: 5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela. Internationales Zentrum, Raum 23, Flachsmarkt 15, Duisburg-Mitte,

02.05.09, 10.00 Uhr

Kulturhauptstadt Ruhr 2010, Konferenz der Fraktion der LINKEN im Regionalverband Ruhr und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Regionalverband Ruhr, Kronprinzenstr. 35, 45128 Essen

Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer

DIE LINKE.

DU-Mitte
Kreisverband Duisburg
Mülheimer Str. 57

Jeden *Mittwoch* von 10–13 Uhr
In dieser Zeit steht ein Jurist zur Verfügung.

Telefon: 02 03 / 8 05 63 87

Duisburg-Hochfeld
Ratsfraktion Duisburg
Gravelottestr. 28

Jeden *Mittwoch* von 10–14 Uhr
Und nach Vereinbarung.

Telefon: 02 03 / 9 30 86 92

www.dielinke-duisburg.de